



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zur Aktuellen Stunde:

Günstige Strompreise für Niedersachsens Bürger sichern: Strompreisaufsicht beibehalten!

97. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 13. September 2006

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hängt entscheidend davon ab, ob es eine sichere und zugleich wirtschaftliche Versorgung mit Energie gibt. Dies wissen wir alle. Zugleich sehen wir uns zu Beginn des Herbstes 2006 einer Situation gegenüber, in der steigende Strompreise nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft belasten, sondern ebenso den privaten Haushalten in einer für viele Menschen wirtschaftlich schwierigen Zeit jede Luft zum Atmen genommen haben.

(Beifall bei der FDP)

Viele Mieter sehen zum Ende des Jahres erheblichen Nachzahlungen für die Nebenkosten entgegen. Da jeder Euro, wie wir wissen, nur einmal ausgegeben werden kann, drückt dies erneut auf die schwache Binnenkonjunktur in der Bundesrepublik Deutschland.

Deswegen lohnt es sich, meine Damen und Herren, einen Blick auf die Ursachen der hohen Strompreise zu werfen. Zum einen sind es die steigenden Rohstoffpreise. Wir wissen, dass der Energiebedarf in Asien auch künftig weiter steigen wird. Dies ist mehr als verständlich; diese Staaten nehmen ebenfalls wirtschaftlichen Fortschritt für sich in Anspruch. Gerade deshalb haben FDP und CDU in diesem Hause deutlich gemacht, dass wir, um in Deutschland wettbewerbsfähig zu bleiben, einen technologieoffenen Energiemix brauchen. Allerdings dürfen wir uns nichts vormachen: Die Stromerzeugung macht nur 23 % der gesamten Stromkosten aus.

In Wirklichkeit - dies müssen wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Deutschland ehrlich sagen - schlägt der Staat mit mittlerweile über 40 % bei den Strompreisen zu.

(Beifall bei der FDP - Unruhe)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Dürr, einen Augenblick! – Ich habe den Eindruck, dass wir mit dieser Debatte einige Mitglieder des Hauses stören. - Jetzt haben Sie wieder das Wort.

Christian Dürr (FDP):

Deswegen war im Jahre 1998 der Schritt des damaligen Bundeswirtschaftsministers Günter Rexrodt völlig richtig, den Strommarkt zu liberalisieren. Dies setzte er gegen die Widerstände von vielen Seiten durch. Diese Liberalisierung - auch dies muss in diesem Hause wiederholt werden - hat zu mehr Wettbewerb und vor allen Dingen zu sinkenden Strompreisen geführt. Ich zeige Ihnen dies anhand einer Tabelle, die ich mir aus einem großen deutschen Nachrichtenmagazin in der letzten Woche herauskopiert habe: 1998, zum Zeitpunkt der Liberalisierung, hatte der Strompreis für einen Durchschnittshaushalt bei knapp über 17 Cent pro Kilowattstunde gelegen, bis zum Jahr 2000 sank er auf etwas unter 14 Cent, und danach, als die rotgrüne Ökosteuer, die rot-grüne EEG-Abgabe und die Abgabe im Rahmen der Kraft-Wärme-Kopplung eingeführt worden und Jahr für Jahr gestiegen sind, ist er auf fast 20 Cent pro Kilowattstunde angestiegen. Auch dies müssen wir den Menschen ehrlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Ohne diese zusätzlichen Belastungen lägen die Strompreise noch heute unter dem Niveau von vor der Liberalisierung. Die Liberalisierung war ein wichtiger und richtiger Schritt. Rot-Grün hat danach, meine Damen und Herren, nichts, aber auch gar nichts mehr für den Wettbewerb im Strommarkt getan. Im Gegenteil: Die rot-grüne Bundesregierung hat für weitere Monopole im Energiemarkt gesorgt, indem sie die Fusion von E.ON und Ruhrgas zugelassen hat. Dies war ein Kardinalfehler der Wettbewerbspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Wie ich vorhin gesagt habe, haben Sie gleichzeitig weiterhin kräftig an der Steuerschraube gedreht. Das hat vor allem die privaten Haushalte getroffen. Wer jetzt wie ein Schlosshund über die hohen Strompreise in Deutschland klagt, der muss sich fragen lassen, ob er wirklich verantwortlich gehandelt hat, wenn er früher auf Bundesparteitagen und Bundesdelegiertenkonferenzen mehr Ökosteuer, mehr EEG und Ähnliches beschlossen hat. Meine Damen und Herren, das ist einfach nur noch unseriös.

(Beifall bei der FDP)

Erst die Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes gemeinsam mit den Bundesländern im Jahre 2005 und die Einrichtung der Bundesnetzagentur haben ein erstes Signal in Richtung mehr Wettbewerb gesetzt. Die oligopolen Strukturen bei den Netzen und die Kontrolle der Netznutzungsentgelte sollen dem letztlich entgegenwirken. 36 % des Strompreises entfallen auf die Netznutzungsentgelte. Das ist entscheidend, meine Damen und Herren: Der diskriminierungsfreie Zugang zu den Netzen wird zu mehr Wettbewerb führen.

Aber wir dürfen den Leuten nichts vormachen. Die Entgelte sind zwar entscheidend. Sie sind in unterschiedlichen Netzen teilweise um das Fünffache höher. Aber dafür werden wir einige Zeit benötigen. Das müssen wir den Menschen sagen. Deswegen war der Vorstoß unseres Umweltministers in Niedersachsen, die Strompreisaufsicht, die im Übrigen in Niedersachsen sehr erfolgreich ist, auch über den 1. Januar 2007 hinaus bei den Ländern zu belassen, richtig. Dieser Vorstoß war deshalb richtig, weil wir in Niedersachsen mithilfe der bisherigen Strompreisaufsicht bei den Strompreisen um durchschnittlich 10 % preiswerter sind als andere Bundesländer.

Meine Damen und Herren, insbesondere für Liberale gilt, dass es dort, wo es noch keinen echten Markt gibt, die Aufgabe des Staates ist, für mehr Wettbewerb in der Zukunft zu sorgen. Das gilt insbesondere für die Netze, wie ich vorhin gesagt habe. Aber bis es so weit ist, muss der Staat dafür sorgen, dass die Marktakteure ihre beherrschende Stellung nicht zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher ausnutzen. Meine Damen und Herren, Wettbewerb ist für uns Liberale kein Selbstzweck. Er fördert Innovation, und er sorgt letztlich für faire Preise.

(Beifall bei der FDP – Walter Meinhold [SPD]: Nie etwas Neues!)

[...]

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal der Abgeordnete Dürr zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin dem Beispiel des Kollegen Dehde gerne gefolgt und habe mir ein Blatt genommen. Dieses Blatt ist aber ein bisschen kleiner, weil ich mir dachte, es kommt ohnehin nicht viel dabei herum.

(Zurufe von der SPD)

Aber es ist auch recht weiß an dieser Stelle geblieben. Es sind ja nicht alle Ideen der SPD schlecht - die meisten, aber eben nicht alle.

(Zurufe von der SPD - Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich möchte Ihnen aber noch eines sagen - das ist für Sie Sozialdemokraten vielleicht ganz wichtig -: Das, was Herr Dehde heute hier abgezogen hat, hätte ich nicht für möglich gehalten.

(Beifall bei der FDP)

Sie sind nicht nur - wie Herr Janßen von der Fraktion der Grünen vorhin deutlich gemacht hat – die einzige Fraktion im Niedersächsischen Landtag, die dagegen ist, dass die Strompreisaufsicht bei den Ländern bleibt, sondern Sie haben auch nicht einen einzigen Vorschlag für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Niedersachsen geliefert.

(Beifall bei der FDP - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr richtig!)

Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, von denen ich bisher dachte, dass sie zu Ihrer Klientel gehören, haben durch die hohen Fixkosten und durch hohe Strompreise neben der Existenzsicherung kein Geld mehr zum Leben übrig. Diese Leute waren bisher die Klientel der SPD und müssen sich durch diese Rede mehr als veräppelt fühlen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Janßen sprach davon, dass die Strompreisaufsicht nicht funktioniert hätte. Nehmen Sie sich einmal die Fakten zur Hand! Ich zeige Ihnen noch einmal eine Karte, Herr Janßen.

(Der Redner hält eine Karte hoch)

Sie sehen, Niedersachsen ist relativ gelb. - Das ist es sowieso; das wissen wir spätestens seit der Kommunalwahl. –

(Unruhe)

Die gelbe Farbe bedeutet an dieser Stelle, dass die Strompreise besonders niedrig sind. Nehmen Sie diese Fakten zur Kenntnis, reden Sie mit den Menschen und machen Sie hier nicht eine solche Kirchturmpolitik!

(Beifall bei der FDP)

Quelle: Stenographischer Bericht der 97. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 19.09.2006